



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Plenarprotokoll

### 59. Sitzung

Donnerstag, 14. Mai 2020

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	6985	Jörg Stroedter (SPD) .....	6994
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	6985	Christian Gräff (CDU) .....	6995
<b>Dringlichkeit von Tagesordnungspunkt 4 A</b> .....	6985	Carsten Schatz (LINKE) .....	6996
Stefan Förster (FDP) .....	6985	Frank-Christian Hansel (AfD) .....	6998
Steffen Zillich (LINKE) .....	6986	Harald Moritz (GRÜNE) .....	7000
Ergebnis .....	6986	Senator Dr. Matthias Kollatz .....	7002
<b>Dringlichkeit eines Antrags der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> .....	6987	<b>2 Fragestunde</b> .....	7004
Ergebnis .....	6987	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Dringlichkeit eines Antrags der CDU-Fraktion</b> .....	6987	<b>Empfehlungen für</b>	
Ergebnis .....	6987	<b>Coronaeindämmungsmaßnahmen</b> .....	7004
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	6987	Lars Düsterhöft (SPD) .....	7004
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Dilek Kalayci .....	7004
<b>Finanzieller Sinkflug der FBB – fliegt in Berlin bald nur noch der Pleitegeier?</b> .....	6987	Lars Düsterhöft (SPD) .....	7005
(auf Antrag der Fraktion der FDP)		Senatorin Dilek Kalayci .....	7005
Sebastian Czaja (FDP) .....	6987	Tim-Christopher Zeelen (CDU) .....	7005
Jörg Stroedter (SPD) .....	6990	Senatorin Dilek Kalayci .....	7005
Stefan Förster (FDP) .....	6991	<b>Forschungslage zur Covid-19-Infektionshäufigkeit bei Kindern</b> .....	7006
Jörg Stroedter (SPD) .....	6991	Adrian Grasse (CDU) .....	7006
Oliver Friederici (CDU) .....	6992	Regierender Bürgermeister	
Jörg Stroedter (SPD) .....	6993	Michael Müller .....	7006
Frank-Christian Hansel (AfD) .....	6993	Adrian Grasse (CDU) .....	7006
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller .....	7006
		Staatssekretärin Sigrid Klebba .....	7006
		Tim-Christopher Zeelen (CDU) .....	7006
		Staatssekretärin Sigrid Klebba .....	7007
		<b>Schutz von betrieblichen Ausbildungsplätzen in der Coronakrise</b> ....	7007
		Franziska Brychey (LINKE) .....	7007
		Senatorin Elke Breitenbach .....	7007
		Franziska Brychey (LINKE) .....	7007

in Verbindung mit

**19 A Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen** ..... 7107

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/2685](#)

- Torsten Schneider (SPD) ..... 7108
- Heiko Melzer (CDU) ..... 7109
- Steffen Zillich (LINKE) ..... 7110
- Marc Vallendar (AfD) ..... 7111
- Daniel Wesener (GRÜNE) ..... 7112
- Paul Fresdorf (FDP) ..... 7113
- Sebastian Schlüsselburg (LINKE) ..... 7114
- Paul Fresdorf (FDP) ..... 7114
- Andreas Wild (fraktionslos) ..... 7114

Ergebnis ..... 7107

**22 Eine Landeszentrale für digitale Bildung errichten** ..... 7115

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/2522](#)

- Bernd Schlömer (FDP) ..... 7115
- Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) ..... 7116
- Dirk Stettner (CDU) ..... 7117
- Franziska Brychey (LINKE) ..... 7117
- Franz Kerker (AfD) ..... 7118
- Stefanie Remlinger (GRÜNE) ..... 7118

Ergebnis ..... 7119

**Anlage 1  
Konsensliste**

**10 Urbanes Leben für mobile Bürger** ..... 7120

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom 27. Februar 2020 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 25. März 2020  
Drucksache [18/2582](#)

zum Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/0384](#)

Ergebnis ..... 7120

**11 EU-Fördermittel verstärkt nach Berlin holen – Migrantenselbstorganisationen durch Zwischenfinanzierungsfonds stärken** ..... 7120

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12. März 2020 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 22. April 2020  
Drucksache [18/2644](#)

zum Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache [18/0357](#)

Ergebnis ..... 7120

**12 Bargeldlose Zahlungen für alle Unternehmer sicherstellen** ..... 7120

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 22. April 2020  
Drucksache [18/2645](#)

zum Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/2432](#)

Ergebnis ..... 7120

**14 Für Berlin zählt in der Coronakrise konsequentes Anpacken, entschlossenes Durchsetzen des Gesundheitsschutzes und den Berlinern aktiv unter die Arme greifen** ..... 7120

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vom 6. April 2020 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 22. April 2020  
Drucksache [18/2647](#)

zum Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache [18/2577](#)

Ergebnis ..... 7120

**20 a) Systematisch und professionell gegen Mobbing an Berliner Schulen: Fragebogenerhebung nach dem „Olweus-Mobbing-Präventions-Programm“** ..... 7120

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache [18/2500](#)

Ergebnis ..... 7120

**b) Systematisch und professionell gegen Mobbing an Berliner Schulen: schuleigene Konzepte gegen Mobbing entwickeln und umsetzen!** ..... 7120

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache [18/2501](#)

Ergebnis ..... 7120

**(Präsident Ralf Wieland)**

Ausschuss für Sport sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe überwiesen.

Ich darf hierzu nachträglich Ihre Zustimmung feststellen.

Auf Antrag aller Fraktionen erfolgt eine Beratung. Es beginnt die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Schneider hat das Wort.

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat alle Veranlassung, sicher auch das ganze Haus, zunächst dem Senat ausdrücklich zu danken für diese unglaublich schwierige Krisenbewältigung unter hohem Zeitdruck. Ich glaube, diesen Dank sollten wir dem Senat jetzt erst einmal gewähren.

[Allgemeiner Beifall]

Es gibt, wenn man schon eine gewisse Zeit im Geschäft ist, einen gewissen Kippunkt. Ich will Ihnen meinen Kippunkt festmachen: Ein Redebeitrag im öffentlichen Rundfunk, wenn ich mich richtig entsinne: In Deutschland funktioniert die parlamentarische Demokratie ausgezeichnet, was sich daran zeige, dass über die diversen Rechtsverordnungen in den Parlamenten bundesweit geredet werde. – Ich habe Bedenken angesichts dieser Aussage und zwar aus vielen Gründen. Erstens: Die Parlamente sind keine Quatschbude, meine Damen und Herren! Die Parlamente haben die Aufgabe, den Bürgern gegenüber Transparenz herzustellen, das Für und Wider abzuwägen und zwar gründlich – und insbesondere im Angesicht der Opposition. Insoweit finde ich diese saloppe Bemerkung despektierlich. Ich muss sie zurückweisen, so leid es mir tut.

Zweitens: Dieser Befund verkennt das Grundsatzproblem, das bisher überhaupt nicht diskutiert wird in der Bundesrepublik, und das ist die Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts. Sie ist staatsprägend. Profanisiert gesprochen besagt sie Folgendes: Je tiefer Eingriffe in Grundrechte stattfinden, umso zwingender ist, dass sie ausschließlich vom Parlament vorgenommen werden.

[Allgemeiner Beifall]

Nun kann man sich sicherlich – das werden Redebeiträge der Kollegen Parlamentarische Geschäftsführer, die sich nun bedauerlicherweise, zu unserem gemeinsamen Bedauern, veranlasst sehen, hier heute reden zu müssen – darüber auslassen, ob wir hier Rechtsverordnungen grundsätzlicher Bedeutung haben und anderes mehr. Aber Einigkeit – selbst innerhalb der AfD – besteht darin, dass dies wohl die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand massivsten, quantitativ und qualitativ, Grundrechtseingriffe sind, die es jemals gegeben hat.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kohlmeier?

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich gestatte keine Zwischenfragen. – Nein, die Sache ist mir zu ernst, tut mir leid, Herr Kohlmeier. Ich hätte Sie auch nicht gestattet, wenn ich gewusst hätte, dass Sie es sind, mit Verlaub.

Eingedenk dieser Tatsache wird sich mit großer überwiegender Wahrscheinlichkeit das Bundesverfassungsgericht damit befassen müssen. Das hat zwei Gründe: einmal die Eitelkeit und einmal die Aufrichtigkeit der mehreren Tausend anhängigen Hauptsacheverfahren. Es wird vor die Frage gestellt sein, diese staatsprägende Theorie zu verwerfen oder den Handlungsdruck abzusegnen, den wir nach wie vor für richtig erachten. Deshalb habe ich den Senat auch gelobt, weil es ein Gebot der Stunde war, so ad hoc reagieren zu müssen. Aber ich gebe zu bedenken: Selbst wenn sich die Bundesrepublik Deutschland eines Angriffskrieges ausgesetzt sähe, hätten wir mehr parlamentarische Demokratie durch die Beteiligung von 48 gewählten und legitimierten Abgeordneten, als wir es derzeit bundesweit durch die Entscheidungen von 16 Ministerpräsidenten erleben. Das ist in hohem Maße bedenklich, meine Damen und Herren!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN, der AfD und der FDP –  
Beifall von Christian Gojny (CDU)]

Ich will das gar nicht in die Länge ziehen. Ich glaube, ich habe deutlich gemacht – ich habe mir auch fest vorgenommen, mich weder an Herrn Schäuble noch – zum Leidwesen der Grünen – an Herrn Palmer abzuarbeiten, weil wir alle hier im Haus einer Meinung sind, was den Zweitgenannten anbelangt –, dass diese Befassung im Parlament jenseits der Frage, ob es richtig ist, unter Opportunitätsgründen, unter Verfassungsgründen, dass wir alles mit Gesetzen regeln, dass ich daran deutliche Zweifel habe. Wie man das aber löst, weiß ich nicht. Jenseits dieser Frage: Die Ministerpräsidentenkonferenz ist desavouiert, denn sie handelt nicht mehr einheitlich, die Dispute finden in Talkshows statt. Wo normalerweise karnevalische Auftritte stattfinden, da hat sich einer ganz besonders hervorgetan, aus Nordrhein-Westfalen.

[Lachen von Tim-Christopher Zeelen (CDU)]

Ich will das nicht vertiefen. Das hat die Debatte nicht bereichert, jedenfalls keine Parlamentsbefassung ersetzt. Das muss uns klar sein.

Ich komme zurück zu meinem Kippunkt. Damit Sie sehen, mit welchem Nachdruck und wie ernsthaft ich das meine: Ich stimme der Bundesjustizministerin, der geschätzten Kollegin Christine Lambrecht ausdrücklich nicht zu. Es steht der Exekutivspitze ausdrücklich nicht

**(Torsten Schneider)**

zu, einzuschätzen, ob die parlamentarische Demokratie funktioniert. Gemessen an dem Maßstab dieses Parlaments, das noch keine von mehr als 15 Rechtsverordnungen verfassungskonform befassen konnte, lasse ich diesen Befund, ihren Befund mit ihren Prämissen mal im Raum stehen. – Meine Damen und Herren! Fangen wir an zu arbeiten!

[Allgemeiner Beifall]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die Fraktion der CDU hat das Wort Herr Abgeordneter Melzer.

**Heiko Melzer (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Kollege Schneider hat ausgehend von der Bundesebene, wie ich finde, deutliche Worte gefunden, die wir uns auch hier im Berliner Landesparlament zu Herzen nehmen sollten. Deswegen haben wir Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktionen auch in Vorbereitung der heutigen Plenarsitzung gesagt: Diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung wollen wir hier diskutieren. Warum wir sie jetzt erst um 20.06 Uhr diskutieren und nicht am Anfang des Plenums, wie es fast alle Fraktionen wollten, kann nachher der Kollege der Grünen-Fraktion ausführen. Ich glaube, das wäre der richtigere Zeitpunkt gewesen, es zu Beginn des Plenums zu machen, um das deutlich zu sagen.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Aber – ich will mich dabei auf die Berliner Landesebene konzentrieren – wir müssen über das Verhältnis der Exekutive zur Legislative sprechen. Wir streiten miteinander, wir haben unterschiedliche Meinungen. Es gibt auch in vielen Fragen Einigkeit, auch in diesem Haus. Aber, wo in der letzten Zeit Sand ins Getriebe gekommen ist, das ist bei der Frage, wie der Senat das Landesparlament informiert. Kollege Schneider hat das mit Rücksicht auf seine Partei abstrakt formuliert, ich sage es hier für die Landesebene noch einmal deutlich: Wir haben als Parlament einen Kontrollauftrag dieses Senats. Es bedarf dieser Kontrolle, und wir sind als Landesparlament Kontrollorgan und nicht das Feigenblatt des Senats. Deswegen gehören die Rechtsverordnungen allesamt hier ins Parlament – und zwar zu ganz bestimmten Zeitpunkten.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

Wir nehmen den Verfassungsauftrag als Gesamtparlament sehr ernst.

Ich darf für die CDU-Fraktion als Oppositionsfraktion hinzufügen: Wir haben uns vorgenommen, in dieser Krise ideenreich zu arbeiten, konstruktiv, dort wo wir anderer Meinung sind und Kritik notwendig ist gegenüber dem

Senatshandeln, natürlich auch kritisch, aber insgesamt pragmatisch. Das hat man, glaube ich, an vielen Beispielen sehen können, wie bei der Finanzierung des Corona-Behandlungszentrums und anderen notwendigen Finanzierungen in der erste Krisenphase. Wir erwarten dann aber auch vom Senat, dass er sich verfassungskonform verhält. Das, was eben abstrakt gesagt worden ist, will ich gern deutlich machen: Artikel 64 Abs. 3 VvB regelt, dass Rechtsvorschriften unverzüglich dem Parlament zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

[Burkard Dregger (CDU): So ist es!]

„Unverzüglich“ erlaubt keinen Aufschub,

[Beifall von Paul Fresdorf (FDP)]

„unverzüglich“ bedeutet nicht irgendwann, „unverzüglich“ heißt nicht, in 14 Tagen und auf achtmalige Nachfrage, in Ältestenräten und bei vielen anderen Gelegenheiten. „Unverzüglich“ heißt unverzüglich und deshalb hoffe ich, dass wir diese Frist ein letztes Mal als Parlament beim Senat anmahnen müssen

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

und er ansonsten ab sofort in dieser Frage verfassungskonform arbeitet.

Das gilt einerseits für die Ankündigung von Rechtsverordnungen, und auch das will ich sagen, Artikel 80 Abs. 4 GG, eine bestimmte Regelung, die dieses Haus mit dem Senat getroffen hat, die darauf abstellt, Vorfeldinformationen und dann unverzügliche Vorlage von Rechtsvorschriften. Die Praxis war: Dieses Parlament hat die Rechtsvorschriften allesamt nicht gesehen und viele Rechtsvorschriften erst erhalten, als sie schon nicht mehr gültig waren, als es nur noch alter Papierkram waren, abgelöst von einer neuen Rechtsverordnung.

Jetzt will ich das noch einmal beschreiben am Beispiel des Rechtsausschusses, der gestern getagt hat. Da gab es von a bis – ich glaube – p Untertagesordnungspunkte, Rechtsverordnungen rauf und runter, nur die aktuelle war nicht da, nur die gültige war nicht da. Es war im Grunde genommen nur noch abgelaufenes Altpapier. Der Streit, der sich daraus entsponnen hat, war, dass die Koalitionsfraktionen gegen ihren eigenen Senat gern Änderungen durchsetzen wollen, der Senat aber eine andere Auffassung in der Rechtsverordnung erlassen hat. Das ist der Streit, um den es am Ende in der Koalition geht. Es gab aber keine gültige Rechtsverordnung, mit der man hätte arbeiten können. Das ist für das Parlament ein Skandal.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich will etwas Zweites hinzufügen und insofern auch die Koalitionsfraktionen nicht aus ihrer Verantwortung lassen: Als Reaktion dann festzustellen, dass sie im Rechtsausschuss gar nicht mehr über die Coronakrise am gest-